



LAND
TIROL

Generelle Richtlinien für die Durchführung und Förderung von Maßnahmen

zur Dorferneuerung

zur Lokalen Agenda 21

zum Stadt- und Ortsbilschutz

**DORF
ERNEU
ERUNG
TIROL**



Impressum

Amt der Tiroler Landesregierung

Geschäftsstelle für Dorferneuerung und Lokale Agenda 21

Innrain 1

6020 Innsbruck

www.tirol.gv.at/dorferneuerung

Generelle Richtlinien der Dorferneuerung Tirol

Ausgabe Juni 2015

Inhalt

Allgemeines	3
1. Zuständigkeit	3
2. Organe	4
3. Förderwerber*innen	5
4. Förderantrag	6
5. Förderungsabwicklung.....	6
6. Fördergegenstand	7
7. Zustimmungserklärung und Widerrufsrecht gemäß Datenschutzgesetz	10
8. Gerichtsstand	10
9. Inkrafttreten	10
Verpflichtungserklärung.....	11

Allgemeines

Diese Richtlinie unterstützt die Gemeinden in ihrer künftigen Entwicklung und stärkt den ländlichen Raum in seiner Gesamtheit. Ländliche Entwicklung im Sinne der Richtlinien ist die Gesamtheit der Maßnahmen zur Verwirklichung folgender Leitziele:

(1) im Bereich Dorferneuerung

- a. Stärkung und Erneuerung einer funktionsfähigen Wohn-, Wirtschafts- und Sozialstruktur im ländlichen Raum.
- b. Schaffung und Erhaltung einer entsprechenden Infrastruktur im Dorfbereich und Sanierung des Gebäudebestandes – auch im Hinblick auf den Energiehaushalt – unter besonderer Berücksichtigung des Ortsbildes im Wege einer Hilfe zur Selbsthilfe für die ortsansässige Bevölkerung.
- c. Stärkung dieser Entwicklung durch Mobilisierung von Eigenleistungen und Ausschöpfung regionaler Gegebenheiten, vermehrte Beschäftigung der ortsansässigen Bevölkerung und Erreichung hoher Eigenständigkeit bei Deckung des regionalen Bedarfes im wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bereich.

(2) im Bereich Lokale Agenda 21 (LA 21)

- a. Zukunftssicherung des Ländlichen Raums durch umfassende Entwicklung auf lokaler Ebene
- b. Umsetzung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategien von Europäischer Union, Bund und Land Tirol
- c. Förderung zukunftsbezogener "Software" für den ländlichen Raum (d.h. Bildung, Identität, Werte, Bewusstsein, soziales Miteinander, Beteiligung, Innovation, Lernen im Rahmen von Dialogprozessen etc.) als Ergänzung projektorientierter Entwicklungsansätze
- d. Entwicklung eigenständiger Perspektiven auf lokaler Ebene
- e. Stärkung der lokalen Identität und Aktivierung des Sozialen Kapitals der Bevölkerung und damit der Innovationskraft als Voraussetzung für die Erhaltung eines lebendigen ländlichen Raums
- f. Vorbereitung und Entwicklung innovativer Projekte im Sinne einer gesamtheitlichen Entwicklung
- g. fachübergreifende Integration und Vernetzung zwischen verschiedenen Entwicklungsansätzen und Entwicklungsinstrumenten

1. Zuständigkeit

Diese Richtlinie regelt die Aufgabenverteilung der Fördereinrichtungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes für die Bereiche Dorferneuerung, Lokale Agenda 21 (LA 21), Stadt- und Ortsbildschutzgesetz i.d.g.F. innerhalb der Tiroler Landesverwaltung.

- (1) fachliche Zuständigkeit
Die Zuständigkeit für Dorferneuerung, Ortskernrevitalisierung und Lokale Agenda 21 liegt bei der Geschäftsstelle für Dorferneuerung in der Abteilung Bodenordnung. Die Zuständigkeit für das Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetz i.d.g.F. liegt bei der Abt. Bau- und Raumordnungsrecht.
- (2) Koordination, Abwicklung und Kontrolle
Die Geschäftsstelle für Dorferneuerung ist für die Koordination, Abwicklung und Kontrolle der Förderungen der Agenden zur Dorferneuerung, der Ortskernrevitalisierung und der Lokalen Agenda 21 zuständig. Die Koordination und Abwicklung des Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetzes i.d.g.F. obliegt der Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht, die technische Projektbegleitung und Kontrolle wird von der Geschäftsstelle für Dorferneuerung wahrgenommen.
- (3) Grundlagen für die Förderung sind:
 - a. Generelle Richtlinie für die Durchführung und Förderung von Maßnahmen zur Dorferneuerung, zur Lokalen Agenda 21 und zum Stadt- und Ortsbildschutz in Tirol
 - b. Richtlinie für die Förderung von Revitalisierungsmaßnahmen in Tiroler Dörfern
 - c. SOG i.d.g.F.

2. Organe

Dorferneuerung, Lokale Agenda 21

Die Geschäftsstelle für Dorferneuerung ist für die Abwicklung der Dorferneuerung und der Lokalen Agenda 21 zuständig und in die Abteilung Bodenordnung eingegliedert.

Landesbeirat für Dorferneuerung

- (1) Der Landesbeirat ist das überwachende und entscheidende Organ für alle Maßnahmen der Dorferneuerung und der Lokalen Agenda 21.

Ihm gehören als ständige Mitglieder an:
 - das zuständige Regierungsmitglied als Vorsitzende/r,
 - der Vorstand/die Vorständin der Abteilung Bodenordnung
 - der Vorstand/die Vorständin der Abt. Bau- und Raumordnungsrecht
 - der Vorstand/die Vorständin der Gemeindeabteilung
 - ein Vertreter/eine Vertreterin der Kulturabteilung
- (2) Bei Nichtanwesenheit des/der Vorsitzenden übernimmt der Vorstand/die Vorständin der Abteilung Bodenordnung als dessen/ deren Stellvertreter den Vorsitz. Der Landesbeirat kann erforderlichenfalls Auskunftspersonen und sonstige Sachverständige zu den Sitzungen beratend beiziehen.
- (3) Beschlussfähigkeit
Der Landesbeirat ist beschlussfähig, wenn der Vorsitzende/die Vorsitzende bzw. der Stellvertreter/die Stellvertreterin und mindestens die Hälfte der ständigen Mitglieder anwesend ist. Beschlüsse bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der einfachen Mehrheit. Falls erforderlich, kann der Landesbeirat eine Geschäftsordnung beschließen. Sie ist der Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen.

- (4) Einberufung
Die Einberufung des Landesbeirats für Dorferneuerung obliegt dem Vorsitzenden. Der Beirat ist nach Bedarf, mindestens jedoch vier Mal jährlich, und überdies binnen zwei Wochen dann einzuberufen, wenn ein Mitglied des Beirates dies schriftlich und unter Bekanntgabe der Tagesordnung verlangt.

Stadt- und Ortsbildschutzgesetz (SOG)

- (1) Geschäftsstelle für Stadt- und Ortsbildschutzgesetz
Die Geschäftsstelle für das Stadt- und Ortsbildschutzgesetz ist für die fachliche Abwicklung der SOG Projekte zuständig und in die Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht eingegliedert.
- (2) Sachverständigenbeirat nach SOG i.d.g.F.
Der Sachverständigenbeirat ist das überwachende und entscheidende Organ in den Angelegenheiten des SOG.
- Ihm gehören als ständige Mitglieder an:
- ein Vertreter/eine Vertreterin der Gemeinde, auf deren Gebiet sich die vom Sachverständigenbeirat zu besorgenden Angelegenheit bezieht, im Fall der Stadt Innsbruck zwei Vertreter*innen
 - ein Bediensteter/eine Bedienstete des Amtes der Landesregierung aus dem Bereich des höheren Dienstes
 - vier weitere Mitglieder
- (3) Für die Mitglieder des Sachverständigenbeirates ist je ein Ersatzmitglied zu bestellen, das ebenfalls den Voraussetzungen der Bestellung entsprechen muss. Der Sachverständigenbeirat kann erforderlichenfalls Auskunftspersonen und sonstige Sachverständige zu den Sitzungen beratend beiziehen.
- (4) Beschlussfähigkeit
Der Sachverständigenbeirat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen wurden und zumindest der Vorsitzende, der Vertreter der Gemeinde und ein weiteres Mitglied anwesend sind. Ein sachkundiger Bediensteter des Amtes der Landesregierung ist in den Sitzungen des Sachverständigenbeirates beratend beizuziehen. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst. Stimmenthaltung gilt als Ablehnung. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden/ der Vorsitzenden den Ausschlag.
- (5) Einberufung
Die Einberufung des Sachverständigenbeirates obliegt dem/ der Vorsitzenden. Der Sachverständigenbeirat ist nach Bedarf, mindestens jedoch einmal monatlich, und überdies binnen zwei Wochen dann einzuberufen, wenn die Landesregierung, eine betroffene Gemeinde oder mindestens drei Mitglieder dies schriftlich und unter Bekanntgabe der Tagesordnung verlangen.

3. Förderwerber*innen

- (1) Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Gemeindekooperationen sowie deren juristische Personen im Bundesland Tirol.

- (2) Juristische und natürliche Personen, deren Vorhaben mit den Zielen der Generellen Richtlinien für die Durchführung und Förderung von Maßnahmen zur Dorferneuerung – zur Lokalen Agenda 21 – zum Stadt- und Ortsbildschutz in Tirol übereinstimmen.

4. Förderantrag

Der Förderantrag hat insbesondere folgende Punkte zu beinhalten:

- a. Name und Anschrift des Förderungswerbers/ der Förderungswerberin
- b. alle für die Beurteilung notwendigen Angaben und Unterlagen
- c. Fördergegenstand und Förderbereich (Dorferneuerung, Lokale Agenda 21, SOG)
- d. Bankverbindung des Förderungswerbers/ der Förderungswerberin
- e. Bekanntgabe weiterer angesprochener Förderungen
- f. Datum und Unterschrift des Förderungswerbers/ der Förderungswerberin, mit der die Richtigkeit der Angaben im Ansuchen sowie in den dazugehörigen Unterlagen bestätigt wird
- g. Zustimmung des Gemeinderates
- h. unterschriebene Verpflichtungserklärung

5. Förderungsabwicklung

- (1) Entgegennahme des Antrags
 - Abt. Bodenordnung, Geschäftsstelle für Dorferneuerung
 - Abt. Bau- und Raumordnungsrecht
- (2) Überprüfung des Antrags auf Vollständigkeit und Entscheidung über die fachliche Zuständigkeit
 - Abt. Bodenordnung, Geschäftsstelle für Dorferneuerung
 - Abt. Bau- und Raumordnungsrecht
- (3) Fachliche Förderentscheidung liegt bei den zuständigen Beiräten
 - Landesbeirat für Dorferneuerung für Dorferneuerung und Lokale Agenda 21
 - Sachverständigenbeirat für Stadt- und Ortsbildschutz
- (4) Ausstellen des Fördervertrages bei EU-kofinanzierten Projekten
 - Abt. Bodenordnung, Geschäftsstelle für Dorferneuerung
- (5) Vorortkontrolle (Fachliche Kontrolle)
 - Abt. Bodenordnung, Geschäftsstelle für Dorferneuerung für Dorferneuerungsprojekte, Lokale Agenda 21 und für SOG-Projekte, wenn diese durch die Abt. Bau- und Raumordnungsrecht beauftragt wird
- (6) Rechnungsvorlage
 - Abt. Bodenordnung, Geschäftsstelle für Dorferneuerung
- (7) Rechnungsprüfung, Belegentwertung
 - Rechnungsstelle der Gruppe Agrar
- (8) Förderauszahlung für EU-kofinanzierte Projekte
 - Zahlstelle AMA nach Freigabe der Zahlungen durch die Geschäftsstelle für Dorferneuerung (bewilligende Stelle)

- (9) Förderungsauszahlung für Landes-Projekte
 - Geschäftsstelle für Dorferneuerung nach Freigabe der Zahlungen durch die Fachabteilung
- (10) Dokumentation des Förderfalles
 - zuständige Abteilung des Landes

6. Fördergegenstand

Bereich Dorferneuerung

Im Rahmen dieser Richtlinie können Konzepte, Planungen (unter Planung im Sinne dieser Richtlinie fallen u. a. Büroleistung, Bauleitung und Baukoordination), Projektumsetzungen und die damit verbundene notwendige Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden. Auf die Gewährung einer Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Die Auszahlung der Förderung erfolgt nach Maßgabe der Verfügbarkeit der öffentlichen Mittel.

- (1) **Entwicklungsimpulse**
 Darunter versteht man die Förderung genereller Konzepte und Planungen für unterschiedliche Problemstellungen des ländlichen Raumes, sowie kulturelle, soziale und bildende Aktivitäten und Veranstaltungen im Sinne einer umfassenden nachhaltigen Entwicklung. Durch diesen Ansatz sollen Entwicklungsimpulse verschiedenster Art in den Bereichen Dorferneuerung, SOG und Lokaler Agenda 21 ermöglicht werden.

Ausgenommen von der Förderung sind die Erstellung der örtlichen Raumordnungskonzepte, Flächenwidmungs- und Bebauungspläne, Tourismus- und Wirtschaftsleitbilder.

Höhe der Förderung: bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten

Höhe der Förderung im eigenen Wirkungsbereich bis zu 100 % der anrechenbaren Kosten

- (2) **Infrastruktur**
 Darunter versteht man die Förderung von Wettbewerben, Konzepten und Planungen von Hoch- und Tiefbauaufgaben der Gemeinden bzw. privater Vorhaben im öffentlichen Interesse, die im Besonderen im Einklang mit den Zielen dieser Richtlinie stehen. In Ausnahmefällen kann auch ein Zuschuss zur Umsetzung von Projekten gewährt werden. Erfolgt die Förderung eines Wettbewerbes, so verpflichtet sich der jeweilige Auslober, den durch das Juryergebnis festgelegten 1. Preis mit den weiteren Arbeiten zu betrauen. Andernfalls erlischt die Förderungszusage bzw. sind bereits ausgezahlte Fördermittel zu refundieren.
 - Für Planungen bis zu bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - Für Umsetzung bis zu 50 % der anrechenbaren Kosten
 - Förderung im eigenen Wirkungsbereich bis zu 100 % der anrechenbaren Kosten
- (3) **Ortskernrevitalisierung bzw. SOG i.d.g.F.**
 Darunter versteht man die Förderung von Maßnahmen zur Revitalisierung bestehender Bausubstanz. Die Abwicklung und Förderung von Projekten wird durch die „Richtlinie für die Förderung von Revitalisierungsmaßnahmen in Tiroler Dörfern“ bzw. das Stadt- und Ortsbildschutzgesetz i.d.g.F. im Detail geregelt. Die Höhe der Förderung und Detailinformationen siehe „Richtlinie für die Förderung von Revitalisierungsmaßnahmen in Tiroler Dörfern“ bzw. Stadt- und Ortsbildschutzgesetz i.d.g.F.

- (4) Orts- und Stadtmarketing
 Darunter versteht man die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Standortqualität in strukturschwachen Gemeinden. In diese Förderung können die Erstellung von Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Konzepten und Planungen sowie deren Umsetzung fallen. Generell ist bei der Bemessung der Förderung darauf zu achten, dass es zu keiner Verzerrung des freien Wettbewerbes kommt.
- Höhe der Förderung für Planung bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - Höhe der Förderung für Umsetzung bis zu 50 % der anrechenbaren Kosten
- (5) Baukultur
 Darunter versteht man die Förderung von Konzepten, Planungen und deren Umsetzung zur Erhaltung und Revitalisierung der wertvollen baulichen Strukturen in Tirol, sofern diese nicht durch Modul 3 geregelt und gefördert sind (Einzelförderung). Weitere Fördervoraussetzung ist, dass die geförderten Objekte einer nachhaltigen sozial vertretbaren Nutzung zugeführt werden.
- Höhe der Förderung für Planung bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - Höhe der Förderung für Umsetzung bis zu 50 % der anrechenbaren Kosten
- (6) Kulturlandschaft
 Darunter versteht man die Förderung von Konzepten, Planungen und deren Umsetzung zur Erhaltung der Einzigartigkeit und Schönheit der Tiroler Kulturlandschaft, und deren baulichen Besonderheiten wie Klein-denkmäler, Mühlen, historische Zäune, etc. Fördervoraussetzung ist, dass die Projekte und Vorhaben in einem regionalen Kontext gestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- Höhe der Förderung für Planung bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - Höhe der Förderung für Umsetzung bis zu 50 % der anrechenbaren Kosten
- (7) ÖKO plus
 Darunter versteht man die Förderung von Konzepten, Planungen und die Umsetzung von ökologischen Maßnahmen, sowie Projekte der Landschafts- und Grünraumgestaltung. Ziel der geförderten Projekte ist, dass der Umgang mit der Natur im Sinne eines „erfahrbaren Naturschutzes“ verstärkt in das Bewusstsein der Gemeindearbeit und Bürger gerückt wird.
- Höhe der Förderung für Planung bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - Höhe der Förderung für Umsetzung bis zu 50 % der anrechenbaren Kosten
- (8) Öffentlichkeitsarbeit
 Darunter versteht man die Förderung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Dorferneuerung, Lokale Agenda 21 und SOG i.d.g.F. durch Gemeinden bzw. im Wirkungsbereich des Landes Tirol. Zielsetzung ist, durch Information die Akzeptanz und Motivation der Bevölkerung zu steigern. Darunter versteht man u.a. Vorträge, Seminare, Exkursionen und Publikationen aller Art.
- Höhe der Förderung für Planung bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - Förderung im eigenen Wirkungsbereich bis zu 100 % der anrechenbaren Kosten

Pauschalförderung

Im Sinne der verwaltungstechnischen Vereinfachung der Förderungsabläufe können vom Landesbeirat für Dorferneuerung auch Pauschalfördersummen für nicht EU-kofinanzierte Projekte festgelegt werden, deren Höhe sich an den in dieser Richtlinie festgelegten Prozentsätzen zu orientieren hat. Im Falle der Festlegung einer Pauschalförderung sind der Geschäftsstelle für Dorferneuerung zur Abrechnung Originaleinzahlungsbelege, die von der Bank oder mittels eines Kontoauszuges bestätigt werden, mindestens in der Höhe der zugesprochenen Förderung, vorzulegen. Sollte die Auszahlung mittels ELBA getätigt worden sein, muss neben der Auftragsliste auch eine Umsatzliste vorhanden sein. Die Voraussetzung für die Auszahlung der Förderung ist, dass die Projektumsetzung entsprechend der Projektvorstellung (Förderbemessung) erfolgte. Im Falle einer Kostenreduktion der Gesamtprojektkosten ist die Förderung entsprechend den tatsächlichen entstandenen Kosten unter Verwendung des ursprünglich genehmigten Prozentsatzes neu zu berechnen.

Bereich Lokale Agenda 21 (LA 21)

Darunter versteht man die Förderung von Konzepten, Prozessen, Planungen, Ideenfindungen und Umsetzungen unter Einbeziehung der Bevölkerung mit dem Ziel, das 21. Jahrhundert in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht nachhaltig zu gestalten. Auf die Gewährung einer Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Die Auszahlung der Förderung erfolgt nach Maßgabe der Verfügbarkeit der öffentlichen Mittel.

- (1) LA 21-Zukunftsprozesse mit Bürger*innen Beteiligung und professioneller Prozessbegleitung auf lokaler Ebene:
 - a. Sensibilisierung der Bevölkerung;
 - b. Entwicklung von Visionen, Zielen und Maßnahmen;
 - c. vorbereitende Schritte zur Umsetzung;
 - d. Erfolgskontrolle;
 - e. Vernetzung mit anderen Instrumenten, vor allem mit Leader und Dorferneuerung;
 - f. Aktivierung von Sozialkapital;
 - g. Stärkung der Eigeninitiative und Identifikation durch eine breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte;
 - h. begleitende Bewusstseinsbildung; ergänzende Qualifizierung ländlicher Akteur*innen.
- (2) Beratung, Konzeption und Bewusstseinsbildung für die Entwicklung und Umsetzung multiplizierbarer Modelle und innovativer Projekte mit Fokus auf eine Nachhaltige Entwicklung und zur Sicherung des Standorts „Ländlicher Raum“;
- (3) Gemeindeübergreifende Vernetzungen der LA 21-Prozesse sowie Kooperationen und Erfahrungsaustausch dazu;
- (4) Bewusstseinsbildung, Kompetenzentwicklung und Qualifizierung von Akteur*innen sowie Prozessbegleiter*innen für lokale Entwicklungsprozesse im Sinne der LA 21;
- (5) Bundesweite Unterstützungs- und Koordinierungsaktivitäten.
 - Höhe der Förderung bis zu 75 % der anrechenbaren Kosten
 - in besonderen Einzelfällen bis zu 100% der anrechenbaren Kosten
 - Höhe der Förderung für Maßnahmen der Umsetzung bis zu 50 % der anrechenbaren Kosten
 - im eigenen Wirkungsbereich bis zu 100% der Kosten

7. Zustimmungserklärung und Widerrufsrecht gemäß Datenschutzgesetz

- (1) Der Förderungswerber/ die Förderungswerberin hat im Sinn des § 8 DSG 2000, BGBl. I Nr. 165/1999 i.d.g.F, zuzustimmen, dass alle im Antrag enthaltenen und bei der Abwicklung und Kontrolle der Förderung anfallenden, ihn/ sie betreffenden, personenbezogenen Daten automationsgestützt verarbeitet und dem Landesrechnungshof und allen mit der Abwicklung befassten Dienststellen zum Zwecke der Prüfung und Kontrolle übermittelt werden können.
- (2) Der Förderungswerber/ die Förderungswerberin hat das Recht, die gemäß Punkt. G.1. gegebene ausdrückliche Zustimmung jederzeit schriftlich durch Mitteilung an die Förderabwicklungsstelle zu widerrufen.
- (3) Der ordnungsgemäße Widerruf nach Punkt. G.2. hat rückwirkend das Erlöschen des Förderungsanspruches zur Folge. Die im Verpflichtungszeitraum erhaltenen Förderungsmittel sind rückzuerstatten. Alle Daten-übermittlungen werden unverzüglich ab Einlangen des Widerrufs bei der Geschäftsstelle für Dorferneuerung eingestellt.

8. Gerichtsstand

Streitigkeiten aus dem Förderungsverhältnis fallen in die Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichtes mit Sitz in Innsbruck.

9. Inkrafttreten

Diese Richtlinie für die Durchführung und Förderung von Maßnahmen zur Dorferneuerung, zur Lokalen Agenda 21 und zum Stadt- und Ortsbildschutz in Tirol gilt für Ansuchen, die ab dem 01.02.2012 bei der Geschäftsstelle für Dorferneuerung eingereicht werden.

Verpflichtungserklärung im Rahmen der Inanspruchnahme von Fördergeldern des Landes Tirol

zu meinem Förderantrag vom:

betreffend die Fördermaßnahme:

- (1) Förderwerber*in: (bei Personenvereinigungen und bei juristischen Personen Angabe des nach außen Vertretungsbefugten und Verantwortlichen)

.....
Name, Anschrift, Tel. Nr.

- (2) Als Empfänger/in von Fördermittel des Landes Tirol im Zusammenhang mit der oben genannten Förderungsmaßnahme verpflichte ich mich:
- die Förderungsbedingungen bzw. –auflagen gemäß Förderzusage einzuhalten;
 - alle Umstände und Ereignisse, welche die Ausführung der geförderten Leistungen oder die Einhaltung der Bedingungen und Auflagen verzögern oder unmöglich machen, der Förderungsabwicklungsstelle unverzüglich anzuzeigen;
 - den Organen der Landesregierung und anderen mit der Abwicklung betrauten Stellen und dem Landesrechnungshof die Überprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Zuschüsse durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsicht in die bezughabenden Aufzeichnungen oder Unterlagen während der üblichen Dienstzeiten zu gestatten und alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen;
 - zu Unrecht bezogene Förderungen binnen einem Monat ab Feststellung der Unrechtmäßigkeit zurückzuzahlen.
- (3) Weiteres stimme ich zu, dass alle im Antrag enthaltenen und bei der Abwicklung anfallenden personen- und betriebsbezogenen Daten automationsunterstützt verarbeitet und den mit der Durchführung und Überprüfung der Förderung befassten Dienststellen und dem Landesrechnungshof übermittelt werden können.

Ich nehme zur Kenntnis, dass nach dem Tiroler Fördertransparenzgesetz, LGBl. Nr. 149/2012, die Landesregierung verpflichtet ist, bei Landesförderungen über einem Betrag von € 2.000,- pro Förderart, meinen vollständigen Namen bzw. die Bezeichnung der juristischen Person, die Postleitzahl, die Art und Höhe der Förderung, die Gesamtinvestitionssumme, sofern diese ein Kriterium für die Höhe der Förderung ist, sowie die gewährten Kredite jährlich dem Landtag bekannt zu geben und auf der Landeshomepage zu veröffentlichen.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift Förderwerber*in

Kontakte

Amt der Tiroler Landesregierung

Abteilung Bodenordnung
Geschäftsstelle für Dorferneuerung und Lokale Agenda 21
Innrain 1
6020 Innsbruck
+43 512 508 3802
bodenordnung@tirol.gv.at

Stadt- und Ortsbildschutzgesetz (SOG)

Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht,
Heiliggeiststraße 7-9
6020 Innsbruck
+34 512 508 2712
baurecht@tirol.gv.at